



Wir sind an einem Punkt, an dem alle Motoren gleichzeitig ausfallen.

Von **Jo Cottenier** und **Henri Houben**

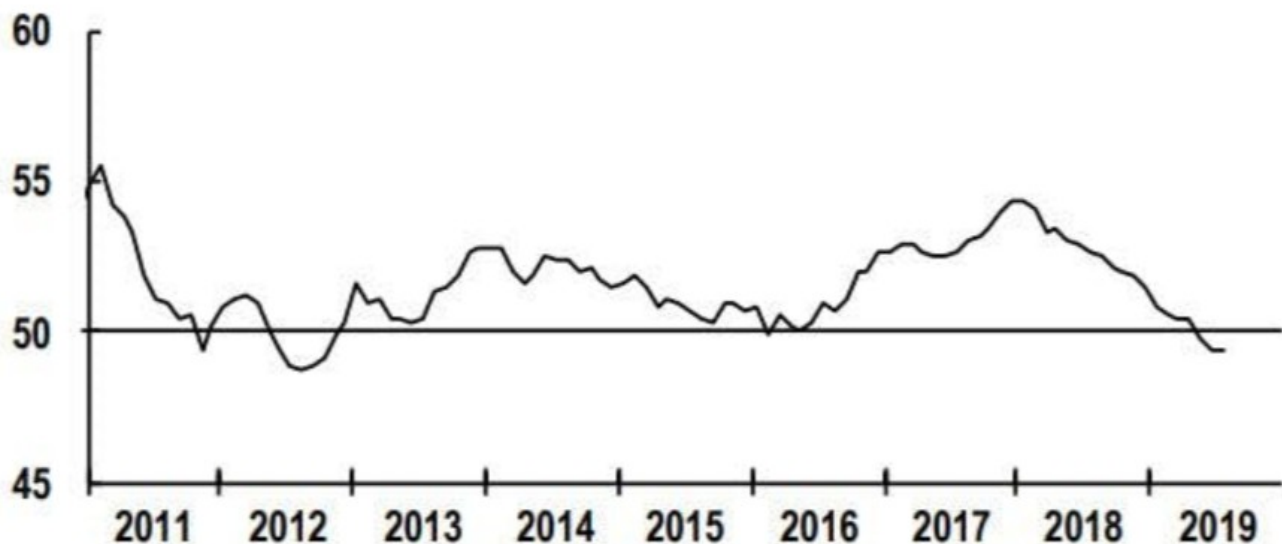
29.10.2019: Der derzeitige Rückgang der Weltwirtschaft ist für niemanden ein Geheimnis. Die Situation bewegt sich eindeutig in diese Richtung, so dass die Befürchtung eines weiteren Crashes entsteht. Auch wenn man nicht so weit gehen möchte, ist die Zukunft alles andere als rosig. Alles zeigt auf Rot.

Im Jahr 2017 schien die Krise von 2008 endlich hinter uns zu liegen; der Welthandel zog wieder an und die Aussichten waren optimistisch, auch innerhalb der stark betroffenen Europäischen Union. Ende 2018 erhöhte die US-amerikanische Zentralbank FED ihre Zinssätze von einem historischen Tiefststand von 0,25% auf 2,5%, ein eindeutiges Zeichen von Erholung, während die Europäische Zentralbank (EZB) gleichzeitig ihre Politik des Erwerbs von Staatsanleihen beendete. [\[1\]](#) Die finsternen Zeiten schienen hinter uns zu liegen. Im Hinblick auf eine erneute Rezession hat die EZB vor kurzem beschlossen, dieses Programm wieder aufzunehmen. Die Märkte betreten ein neues Feld von Turbulenzen.

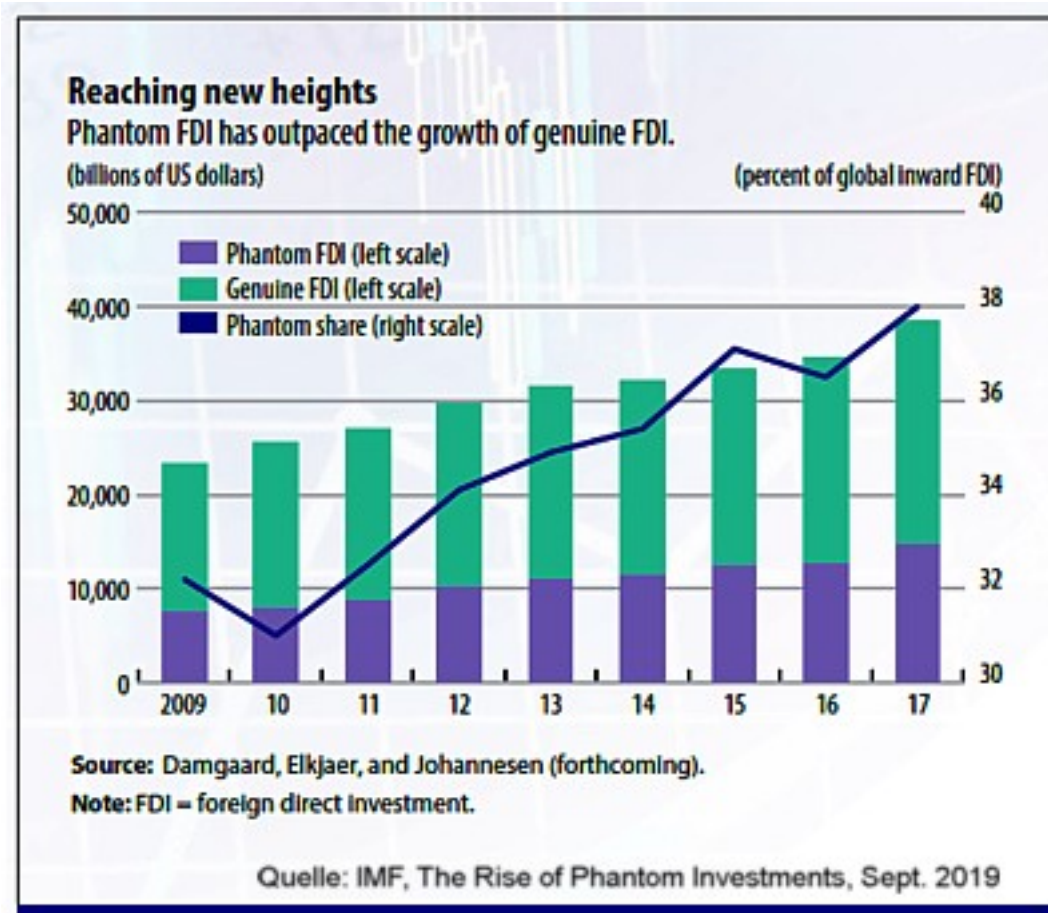
Kapital im Streik

Das auffälligste Zeichen für das Entstehen einer Krise ist die gleichzeitige und weit verbreitete Verlangsamung des Wachstums in praktisch allen großen Ländern der Welt. Diese Trübung ist insbesondere bei den wichtigsten globalen Wirtschaftsakteuren, nämlich den Vereinigten Staaten, China, Japan und der Europäischen Union, zu beobachten. So hinken die Länder der Eurozone seit sieben aufeinander folgenden Monaten dem prognostizierten Wachstum hinterher. Deutschland ist zwar Exportweltmeister, aber am härtesten betroffen und zieht die Länder, in die es selbst liefert, nach unten. Diese Situation ist sowohl auf eine Verlangsamung der Industrieproduktion, als auch auf die Investitionen und die Produktion von Vorprodukten zurückzuführen. Vorerst bleiben nur Dienstleistungen und Konsumgüter von dieser weit verbreiteten Rezession verschont. Dies zeigt sich an den Veränderungen des PMI-Index, der durch die Messung der Entwicklung der Industrieproduktion und des Auftragseingangs die zuverlässigste Darstellung der globalen Wirtschaftslage bietet. Sie befindet sich auf dem niedrigsten Stand seit 2012. [\[2\]](#)

JPMorgan Global Manufacturing PMI



Seit dem Crash von 2008 sind die Investitionen so niedrig wie noch nie. Das Problem ist jedoch nicht der Mangel an Kapital. Es fehlen Projekte mit einer ausreichenden Gewinnspanne: Das Kapital zieht es vor, sich anderer profitablerer Methoden zu bedienen, wie beispielsweise Spekulationen oder Financial Engineering.



Der IWF hat gerade einen Bericht veröffentlicht, aus dem hervorgeht, dass nicht weniger als 40% der 15 Billionen Dollar an Auslandsinvestitionen in Wirklichkeit fiktive, unproduktive Investitionen in multinationale Unternehmen sind, die ausschließlich dazu dienen, Steuern zu vermeiden. [3] Die Hälfte dieser Investitionen landet in unseren Nachbarländern Luxemburg und den Niederlanden, die derzeit die günstigsten Steueroasen sind.

All das zusätzlich zu dem derzeit instabilen internationalen Kontext, insbesondere im Zusammenhang mit dem schnell eskalierenden Wirtschaftskrieg zwischen den Vereinigten Staaten und China, der die allgemeine Unsicherheit nur noch verstärkt. Wie wir nun sehen können, waren die Aussichten für die Weltwirtschaft seit 2009 nicht mehr so düster.

Anzeichen, die nicht täuschen.

Die Reaktionen von Investmentfonds, Pensionsfonds, Banken und Versicherungen täuschen nicht, ebenso wenig wie die Nervosität der Aktienmärkte, da die Gewinne rückläufig sind. Großinvestoren ziehen sich nacheinander zurück, wie Ratten, die das sinkende Schiff verlassen, und setzen stattdessen auf die Sicherheit von Staatsanleihen. Zwei alarmierende Phänomene, die im Allgemeinen eine Krise einleiten, lassen sich derzeit beobachten:

Das erste ist die Kehrtwende der Zinskurve. Normalerweise gilt beim Kauf einer Staatsanleihe: Je länger die Laufzeit, desto höher der Zinssatz. Beispielsweise bringt eine 10-jährige Anleihe einige Prozent mehr als eine dreimonatige Anleihe. An den so genannten Sekundärmärkten, an denen Anleihen gehandelt werden, geschieht derzeit das Gegenteil. Um ihr Kapital im Vorfeld des Sturms zu sichern, wenden sich die Anleger massiv langfristigen Anleihen zu.

Eine neue Krise steht vor der Tür

Kategorie: Analysen

Veröffentlicht: Dienstag, 29. Oktober 2019 08:34

Infolgedessen steigen ihre Preise und ihre Rendite sinkt. Wir sehen also, dass 10-jährige Anleihen weniger als dreimonatige Anleihen bringen. Erfahrungsgemäß prophezeit ein solches Phänomen jährlich ein negatives Wachstum, eine so genannte wirtschaftliche Rezession.

Das zweite Phänomen ist noch spektakulärer. Dies sind negative Zinssätze. Nach der schweren Krise des Jahres 2008 erholten sich die westlichen Volkswirtschaften langsam, insbesondere dank der Entscheidung der Zentralbanken, die Zinsen auf nahezu Null zu senken. Ziel war es, die Unternehmen zu ermutigen, in die Realwirtschaft zu investieren und so ihre Stärke wiederherzustellen. Anstatt jedoch die Sache in die Hand zu nehmen, zogen es die Unternehmen vor, ihre eigenen Aktien an der Börse zu kaufen, eine unproduktive Investition. Die Vermögendsten haben beschlossen, in Immobilien zu investieren und die Immobilienpreise in die Höhe zu treiben. Die Kleinsparer hingegen verloren auf beiden Seiten: Angesichts der niedrigen Zinsen bringen ihre Ersparnisse nichts mehr, während die Verkaufs- und Mietpreise für Wohnungen in die Höhe schnellen. In der Zwischenzeit reiben sich Spekulanten die Hände.

In Erwartung einer schlechten Börsenentwicklung stürzten sich die Anleger auf Staatsanleihen und erhöhten die Nachfrage bis zu dem Punkt, an dem immer mehr Länder Negativ-Zinsanleihen begünstigen. Mit anderen Worten, um dem Staat Geld zu leihen, muss man Zinsen zahlen. Zwanzig Prozent der Staatsanleihen haben negative Zinssätze. Um also zu investieren, muss man die Hand ans eigene Portefeuille legen. Insgesamt sind derzeit 16.000 Milliarden Negativ-Zinsanleihen im Umlauf [\[4\]](#), darunter auch alle deutschen und schweizerischen 20- bis 30-jährigen Staatsanleihen. In Belgien und Frankreich ist ihr Zinssatz gleich Null. Die Tatsache, dass Anleger die Sicherheit der Performance vorziehen, ist ein weiterer Beweis dafür, dass sie eine neue Krise erwarten.

2019 ist nicht 2008

Auch wenn die Perspektiven seit der Rezession von 2008 heute pessimistischer sind denn je, sind die Umstände nicht miteinander vergleichbar. Tatsächlich ist die Situation heute aufgrund der katastrophalen Verschuldung der Staaten, zu der noch das neoliberale Tabu etwaiger zusätzlicher öffentlicher Ausgaben hinzukommt, heikler geworden. So weigert sich beispielsweise die Europäische Union immer noch, ihre strengen Regeln für die Staatsverschuldung zu lockern.

*Wir sind an einem Punkt angelangt,
an dem alle Motoren gleichzeitig
ausfallen.*

Ein weiterer Unterschied besteht darin, dass die heutige Welt keinen Motor mehr hat, der die Wirtschaft und den Handel aus der Flaute herausholen könnte. Vor zehn Jahren hatten wir noch die BRICS (die aufstrebenden Wirtschaftsmächte Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) und insbesondere China mit seiner ambitionierten Investitionspolitik. Die chinesische Wirtschaft befindet sich derzeit im Transformationsprozess, und das ist eine bewusste Entscheidung. Der neue Standard basiert auf einer Wachstumsrate von 6% und nicht auf einer Wachstumsrate von mehr als 10% zu der vorherigen Periode.

Man könnte die Situation folgendermaßen zusammenfassen: Wir sind an einem Punkt angelangt, an dem alle Motoren gleichzeitig ausfallen.

China: Übergang zu intensiver Akkumulation

Und während sich die chinesische Wirtschaft besser als andere behauptet, wächst sie jetzt doch nur halb so schnell wie noch vor zehn Jahren. Das Land beabsichtigt nicht mehr, sein Wachstum von kostengünstigen Exporten und Produktionen abhängig zu machen. China will seinen Heimatmarkt entwickeln, die Kaufkraft seiner Bevölkerung erhöhen und in strategische Sektoren investieren. Sie will auch die "Wertschöpfungskette" nach oben verschieben, insbesondere durch die Herstellung eigener Komponenten in zehn bedeutenden Hightech-Sektoren.

Zu diesem Zweck hat sie einen umfassenden Plan namens "Made in China 2025" entwickelt, der von den staatlichen Behörden in jeder Hinsicht unterstützt wird. Das bedeutet auch, dass sich China nicht mehr so verhalten wird wie 2008, als es als Reaktion auf die globale Krise beschlossen hatte, massiv in Infrastrukturprojekte zu investieren. Derzeit bevorzugt sie Sektoren mit hoher Wertschöpfung und verzichtet schrittweise auf die kostengünstige Produktion zugunsten der Hightech-Produktion.

Dies ist ein strategischer Übergang von einer extensiven Akkumulation mittels der Nutzung von Arbeitskräften aus ländlichen Gebieten zu einer intensiven Akkumulation auf der Grundlage einer höheren Produktivität. In diesem Zusammenhang wird das Wachstum von 6% in China nicht ohne Anstrengungen aufrechterhalten werden können, und schon gar nicht, wenn der Handelskrieg mit den Vereinigten Staaten weiter eskaliert. Im August dieses Jahres lagen die Exporte und Importe in die und aus den Vereinigten Staaten um 16% bzw. 22% unter dem Vorjahr. Außerdem gehen die Exporte auf globaler Ebene erstmals zurück.

EU: Rückläufige Industrieproduktion

Die europäische Wirtschaft hat sich seit 2008 nicht mehr richtig erholt, trotz der 2.600 Milliarden Euro, die die Europäische Zentralbank bereitgestellt hat, um zu versuchen, die Wirtschaft wieder auf Kurs zu bringen. Wenn der Kauf von Staatsanleihen, ausschließlich den Investoren und Spekulanten Flügel verliehen hat, wozu diente dann dieses Geld? Jedenfalls nicht dazu, dass die Industrie investiert, zumindest nicht so, wie es beabsichtigt war.

Die Investitionen haben sich in der Europäischen Union in den letzten zehn Jahren nicht verändert, ebenso wenig wie die Kapitalbestände pro Arbeitnehmer. Die bei den Banken eingehenden Kapitalströme wurden nur dazu verwendet, neue spekulative Blasen aufzupumpen. Die jüngste Entscheidung von Mario Draghi, Präsident der EZB, seine Anleihenankaufspolitik zu reaktivieren, hat in der Institution selbst zu heftigem Widerstand geführt. Sieben der 25 Mitglieder des EZB-Rates, darunter die Leiter der französischen, deutschen, niederländischen und österreichischen Zentralbanken, lehnten seinen Vorschlag als unnötig ab.

Die Europäische Union ihrerseits sperrt alle neuen öffentlichen Investitionen in eine sehr enge steuerliche Zwangsjacke. Infolgedessen haben sich die Regierungen verschuldet, um die Banken zu retten, aber das Wirtschafts-Wachstum reicht nicht aus, um Überschüsse zu erzielen. Die europäische Wirtschaft schrumpft daher weiter, mitgerissen von Deutschland, das es bisher geschafft hatte, das Beste aus der Situation zu machen und die EU über Wasser zu halten. Aber diese Säule der europäischen Wirtschaft bleibt nicht länger von der Rezension verschont und bricht sogar schneller ein als die ihre Partnerländer in der Eurozone.

Seit Ende 2018 ist die Industrieproduktion jeden Monat etwas stärker zurückgegangen und sank im Juni um 5,2% gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres und sogar um 7,5 Prozent gegenüber dem Jahresende 2017. Diese Entwicklung steht in direktem Zusammenhang mit dem Kurswechsel Chinas.

Tatsächlich exportierte Deutschland zu Beginn der Krise 2008 seine Produkte hauptsächlich nach Europa. Als sich seine Exporte in südeuropäische Länder verringerten, wandte es sich inmitten eines Booms an China, wohin es massive Mengen an Maschinen, Luxusautos, Chemikalien und Medizinprodukten exportierte. Aber dank der neuen Strategie und der technologischen Entwicklung ist China heute weniger abhängig von Importen aus dem Ausland. Zusätzlich sind die deutschen Importe nun durch die von den USA erhobenen Zölle bedroht.

*Wenn Deutschland einbricht, riskiert es,
alle seine Partner mit sich zu reißen.*

Wenn Deutschlands Wirtschaft jedoch nach unten geht, besteht das Risiko, alle seine Nachbarn mit sich zu reißen. Und es gibt viele von ihnen. Auf Deutschland entfallen nicht weniger als 29% des BIP der Eurozone. Jede vierte Arbeitskraft ist im Exportsektor beschäftigt. Lieferanten von belgischen, niederländischen, aber auch französischen und italienischen Ersatzteilen werden von einem Ausfall Deutschlands direkt betroffen sein, ebenso wie Länder wie die Tschechische Republik, Ungarn und Polen, die mittlerweile fast zu Subunternehmern der deutschen Industrie geworden sind.

Zu dieser Situation kommt noch der Brexit hinzu, dessen Folgen auf der Ebene der Europäischen Union Gegenstand unterschiedlichster Hypothesen sind. Auf jeden Fall ist es wahrscheinlich, dass dieses Ereignis die Handelsströme stört und in vielen Fällen zu Preiserhöhungen führt, da es keine neuen Handelsabkommen gibt.

Die Entwicklung der Europäischen Union erinnert zunehmend an die Japans, das seit 1990 trotz zahlreicher monetärer Konjunkturmaßnahmen nie aus einem langsamen Wachstum bzw. einer Stagnation herausgekommen ist.

USA: Rekorddefizit

Die einzige Unbekannte bleiben die Vereinigten Staaten und ihr unberechenbarer Präsident. Der Erfolg von Donald Trump ist vor allem auf seine Versprechen zurückzuführen, die Wirtschaft wieder zu beleben und Arbeitsplätze zu schaffen, einschließlich eines umfangreichen Investitionsplans und einer Senkung der Steuern für Reiche und Unternehmen. In Wirklichkeit wurde nur diese letzte Maßnahme umgesetzt, deren Ergebnisse noch ausstehen. Mit einer Wachstumsrate von 4% konnte sich die FED erstmals seit 2009 wieder eine Zinserhöhung leisten. Aber auch die US-Wirtschaft befindet sich inzwischen auf einem rutschigen Hang, was die FED in jüngster Zeit zu einer Senkung der Zinsen veranlasst hat. Trump möchte diesen Prozess so weit wie möglich beschleunigen, denn er will das Wirtschaftswachstum ankurbeln, um im Jahr 2020 wiedergewählt zu werden. Um seine Ziele zu erreichen, übte er Druck auf Jerome Powell, den Präsidenten der FED, aus. Dieser ist jedoch der Ansicht, dass die Zinsmanipulation allein die Probleme des Handelskrieges zwischen den USA und China nicht lösen werden.

Fast eine Billion Dollar Minus US-Finanzminister Mnuchin meldet höchstes Defizit im US-Haushalt seit sieben Jahren

Im Haushalt der US-Regierung klafft eine wachsende Lücke, das Defizit wuchs im Vergleich zum Vorjahr um 26 Prozent. Experten machen unter anderem Trumps Steuersenkungen dafür verantwortlich.

Die US-Regierung hat das Finanzjahr 2019 mit dem höchsten Haushaltsdefizit seit sieben Jahren abgeschlossen. Der Fehlbetrag ist im Vergleich zum Vorjahr um 205 Milliarden Dollar auf 984 Milliarden Dollar (885 Milliarden Euro) angestiegen. Das teilte das US-Finanzministerium mit. Der starke Anstieg von rund 26 Prozent bezieht sich auf das Haushaltsjahr 2019, das Ende September zu Ende ging.

Quelle: Spiegel Online,
25.10.2019,
<https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/usa-hoehchstes-haushaltsdefizit-seit-sieben-jahren-a-1293467.html>

Kasten eingefügt durch kommunisten.de

Nach den neuesten Zahlen sind Investitionen und Produktion auf Halbmast. Der US-Präsident besteht auch auf die Einführung verschiedener Steuern auf Importe aus China, aber auch auf Importe von Autos aus Europa und Mexiko. Dies würde bedeuten, dass ab Ende 2019 rund 95% aller importierten Produkte einer Steuer von 15% bis 30% unterliegen würden. Mit durchschnittlichen Einfuhrzöllen von mehr als 10 % würden die USA damit noch weiter gehen als bereits sehr protektionistische Länder wie Brasilien und Argentinien.

Die Folgen solcher Maßnahmen werden sich zwangsläufig auf den Konsumgütersektor und die Haushalte auswirken. Es wird geschätzt, dass ihre Ausgaben aufgrund von Preiserhöhungen um 500 bis 1.000 US-Dollar pro Jahr steigen werden. Die für den 15. Dezember geplante Erhebung von zusätzlichen Steuern in Höhe von 15 % auf Ausrüstungsgegenstände, Bekleidung, Schuhe und eine ganze Reihe elektronischer Geräte wird die amerikanischen Haushalte während des Weihnachtseinkaufs stark treffen, was sich deutlich auf die Situation im Konsumgütersektor auswirken wird, der 75 % des Wachstums ausmacht. Wie wir sehen können, müssen auch die Vereinigten Staaten aller Voraussicht nach in den kommenden Monaten mit einem Nullwachstum rechnen.

Zusammenbruch oder allmähliches Abgleiten?

Wenn der Rückgang der Weltwirtschaft nun Realität ist, müssen wir dann auch mit einem spektakulären Einbruch wie 2008 rechnen?

Ein Börsencrash ist möglich: Alle sind sich einig, dass die Börsenkurse deutlich überbewertet sind. Seit 2009 wächst der US-Aktienmarkt mit einer erstaunlich stetigen Rate, die die Wachstumszahlen der US-amerikanischen und globalen Wirtschaft überhaupt nicht widerspiegelt. Mit der Ankunft des Favoriten der Börsen (Donald Trump) im Weißen Haus feiert die Wall Street den Anstieg, mit einer erstaunlichen Entwicklung von 17.888 auf 27.000 Punkte. Spekulanten versuchen, ihn so lange wie möglich zu nutzen, in der Hoffnung, ihre Kastanien rechtzeitig vor dem Zusammenbruch aus dem Feuer zu holen.

Wenn sie jedoch in großem Stil überrascht werden, stehen wir vor einem Absturz, der alle fiktiven Reichtümer vernichtet, die Finanzwelt erschüttert und auch die Realwirtschaft zum Einsturz bringt. Und das kann jederzeit passieren, dank eines unerwarteten Ereignisses. Aber auch ein allmähliches Abgleiten ist möglich. Anders als im Jahr 2008 sehen wir heute, dass das Führen von Handelskriegen zunehmend wirtschaftliche Aktivitäten einschließt, bis hin zur Erstickung.

Green New Deal

Bisher haben alle Versuche, aus der Krise herauszukommen, sei es durch Geldpolitik, niedrigere Zinsen oder Rückkaufmaßnahmen inländischer Banken, wenig oder gar nichts gebracht. Eine Periode akuter Krisen kann jedoch zu vollkommendem Chaos führen und radikale Entscheidungen erfordern. Es wird zwangsläufig notwendig sein, das Dogma des Marktes aufzugeben und sich für einen öffentlichen Investitionsplan zu entscheiden, der in der Lage ist, eine echte soziale und ökologische Revolution herbeizuführen.

"Wenn wir dem amerikanischen Volk sagen, dass wir eher bereit sind, die großen Banken zu retten, als in unsere Bauern zu investieren, dann weiß ich

nicht, was wir hier tun", sagte die Abgeordnete Alexandria Ocasio-Cortez im US-Abgeordnetenhaus und forderte, dass ihr Land dringend mehr für die Ökologie tun müsse.

Der Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft wird nicht ohne erhebliche Investitionen gelingen, die für die Aufrechterhaltung des Klimawandels in nachhaltigem Maße unerlässlich sind. Die Durchführung solcher Maßnahmen muss mit einer produktiven Nutzung des überschüssigen Kapitals einhergehen, das derzeit in Monopolen, Investment- und Spekulationsfonds und letztlich zwischen den reichsten 10% der Bevölkerung gehandelt wird. Dieses Geld muss verwendet werden, um die öffentlichen Mittel bereitzustellen, die für den ökologischen Übergang erforderlich sind, wie von Bernie Sanders und Alexandria Ocasio-Cortez in ihrem Projekt eines Green New Deal vorgeschlagen.

Historisch gesehen wissen wir, dass nur die Intensivierung des Klassenkampfes dazu führen wird, dass die Bourgeoisie nachgibt. Sie sieht dann ihre Interessen bedroht, bis hin zur Untergrabung des gesamten Systems. Und das befürchten die internationalen Führer: dass eine ausweglose Wirtschafts- und ökologische Krise zur Forderung nach einem neuen Gesellschaftsmodell führen wird, nämlich einem Sozialismus 2.0, der die Bedürfnisse der Menschen und nicht den Profit in den Mittelpunkt seiner Politik stellt.

Die tieferen Ursachen der Krise



Wir hören oft, dass der Kapitalismus ohne Wachstum nicht existieren kann. Aber wie kann in diesem Zusammenhang das Wachstum in der westlichen Welt seit mehr als zehn Jahren auf einem Niveau von

nahezu Null stagnieren?

Anstatt ernsthafte Erklärungen für dieses Phänomen zu geben, suchen die Medien immer nach äußeren Ursachen: Einmal sind es die Banken, ein andermal die Börse, dann die Vertrauenskrise oder der Handelskrieg. Aber wir hören nie, dass der Kapitalismus selbst daran schuld ist.

Und doch ist es wahr, dass es keinen Kapitalismus ohne Wachstum gibt. Die treibende Kraft hinter diesem Wachstum ist nach der Analyse von Marx der Akkumulationszyklus. Das Kapital wird investiert, um Profit zu erzielen. Das Kapital muss akkumulieren, sich vermehren, und zu diesem Zweck braucht es dringend Arbeitskräfte, die die Produktion sicherstellen, idealerweise zu möglichst niedrigen Kosten. Der gesamte produzierte Reichtum stammt also aus der Arbeit, die auch die einzige Quelle des Profits ist.

Je mehr Profit ein Unternehmen erzielt, desto mehr kann es investieren, um seine Konkurrenten zu eliminieren. Marktfanatiker sehen darin einen großartigen Mechanismus, welcher Wohlstand garantiert und es ermöglicht, dass der Wohlstand immer weiter zunimmt. Für sie muss die öffentliche Hand so wenig wie möglich eingreifen, denn die Jagd nach Profit der Eigentümer des Kapitals

genüge, um die Funktionsweise dieses Systems zu verbessern.

Die Realität sieht jedoch ganz anders aus. Mit der Regelmäßigkeit eines Metronoms offenbart uns der Kapitalismus seine Grenzen und seine Misserfolge. In der Vergangenheit war er eher von Krisenzeiten als von Wohlstand geprägt. Die Grundursache für dieses Scheitern liegt in den inneren Widersprüchen. Für Marx gibt es mehrere Faktoren, die dies erklären:

Erstens, während menschliche Arbeit die Quelle des Reichtums ist, versuchen die Kapitalisten ständig, Arbeitskraft einzusparen. Dies führt unweigerlich zu einem Rückgang des realisierbaren Gewinns und langfristig zu einem Abwärtstrend der Profitrate. Die Kapitalisten investieren nicht mehr, weil es an ausreichenden Profitaussichten mangelt.

Zweitens ist das Verhältnis zwischen Produktionskapazität und Kaufkraft tendenziell unausgewogen. Um mehr und kostengünstiger zu produzieren, werden die Löhne gesenkt, was die Kaufkraft der Arbeiter*innen begrenzt. Das Kapital gelangt auch in die profitabelsten Sektoren, was zur Überproduktion führen kann. Schließlich werden Arbeitsplätze, Löhne und Sozialleistungen einer Sparpolitik unterworfen, die

Eine neue Krise steht vor der Tür

Kategorie: Analysen

Veröffentlicht: Dienstag, 29. Oktober 2019 08:34

die Kaufkraft lähmt oder sogar einschränkt, was die Situation weiter verschärft. Wenn sich diese Faktoren überschneiden und verstärken, sind alle Voraussetzungen gegeben, um eine langfristige Krise auszulösen, die nicht durch Maßnahmen wie Zinssenkungen oder monetäre Impulse gelöst werden können. Das ist genau die Situation, die wir derzeit vorfinden.

Anmerkungen:

[1] Seit 2015 kauft die EZB Anleihen in großen Mengen mit einem Volumen von bis zu 80 Mrd. € pro Monat. Die Summe, der ihr derzeit zur Verfügung stehenden Anleihen, beläuft sich auf mehr als 2.600 Milliarden Euro.

[2] Der PMI-Index misst jeden Monat die Entwicklung des industriellen Wachstums in 40 Ländern. Wenn der Index stabil ist, zeigt er 50 an; ein Wert über 50 % zeigt eine Zunahme der industriellen Aktivitäten an, während ein Wert unter 50 % einen Rückgang der industriellen Aktivitäten anzeigt. Es handelt sich um einen so genannten "gewichteten" Index, was bedeutet, dass der Einfluss von Ländern auf ihre Schwankungen proportional zu ihrer Größe ist.

[3] Jannick Damgaard, Thomas Elkjaer und Niels Johannesen, "[The Rise of Phantom Investments](#)", IMF, Finance & Development, September 2019

[4] Aus: Tijd, 24. August 2019, "Waarom zou helikoptergeld not mogen en absurde negatieve rentes wel? »

Autoren:

Jo Cottenier und Henri Houben

Jo Cottenier arbeitet in der Wirtschaftsabteilung der Partei der Arbeit Belgiens PTB/PvdA.

Der marxistische Ökonom Henri Houben, ist einer der wenigen, der die Finanzkrise 2007 richtig vorhergesagt hat.

Original: <https://www.solidaire.org/articles/une-nouvelle-krise-est-nos-portes-grand-format>

Eine neue Krise steht vor der Tür

Kategorie: Analysen

Veröffentlicht: Dienstag, 29. Oktober 2019 08:34

Übersetzung: Christine Reinicke

mehr zum Thema

- [Die weltweite Ungleichheit – immer exzessiver, immer unerträglicher](#)
- [Internationaler Währungsfond: Markt versagt bei Kampf gegen Klimaerwärmung](#)
- [Handelskrieg und Rezession](#)
- [Flaute, Rezession, Krise – und das Gift des Wirtschaftskriegs](#)